

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika**

Oktober 2015

www.kas.de

Die Zuständigkeit für Flüchtlinge liegt beim Immigrationsamt des Innenministeriums und bei dem Innenministerium selbst.

Im Moment ist die Lage in der Slowakei noch ruhig, illegale Migranten überschreiten die slowakische Grenze nur in geringer Zahl. Allerdings haben inzwischen zwei kleine Gemeinden, in denen Flüchtlinge untergebracht werden sollen, eine Abstimmung organisiert und die Aufnahme der Flüchtlinge dabei abgelehnt. Ob diese Entscheidungen auch akzeptiert werden ist noch unklar, denn die kommunalen Volksbefragungen haben keinen verbindlichen Charakter. Mitarbeiter der Caritas und Experten meinen, man sollte die slowakische Bevölkerung nicht überfordern und vorerst nur eine geringe Anzahl christlicher Flüchtlinge unterbringen, um die Bevölkerung Schritt für Schritt zu mehr Offenheit gegenüber den bedürftigen Fremden zu bewegen.

Slowenien

Dr. Michael Lange (28.08.2015)

Die slowenische Regierung hat sich gegenüber Plänen der EU-Kommission zur Bewältigung der Flüchtlingskrise durch die Vereinbarung fester Verteilungsquoten zwischen EU-Mitgliedsstaaten von Beginn an sehr zurückhaltend gezeigt. Wie andere Staaten in Südost- bzw. vor allen Dingen in Osteuropa beharrte man lange Zeit auf dem Standpunkt, dass Solidarität mit Flüchtlingen nicht auf Zwang sondern auf Freiwilligkeit beruhen sollte und dass man es deshalb den einzelnen EU-Mitgliedstaaten überlassen solle, über die Aufnahme von Flüchtlingen selbstständig zu entscheiden.

Slowenien gegen Aufnahmequoten

Während eines Treffens der europäischen Innenminister erklärte deshalb die slowenische Vertreterin, Vesna Györköš Žnidar bereits im Juni 2015, dass Slowenien auf seine beschränkten Ressourcen Rücksicht nehmen müsse, wobei für sie die mit der Aufnahme von Flüchtlingen aus Nordafrika und dem Nahen Osten einhergehenden Sicherheitsrisiken eine besondere Bedeutung hätten. Während Frankreich und Deutschland sich für feste Quoten aussprächen, würde es Slowenien – wie andere ehemalige Ostblockstaaten – vorziehen, selbst über Umfang und Tempo der Aufnahme von Flüchtlingen zu entscheiden. Feste Quoten würden ihrer Meinung nach zu wenig Rücksicht auf Faktoren wie Größe und Anzahl urbaner Zentren, Vorhandensein von Aufnahmelagern, -kapazitäten sowie historische Erfahrungen mit der Unterbringung bzw. Integration von Flüchtlingen nehmen. Solidarität müsse verantwortungsbewusst gewährt werden und dabei sowohl die Interessen der Flüchtlinge bzw. der EU, als auch die Interessen der Bürger der Aufnahmeländer berücksichtigen und zwar gleichgewichtig. Wenn man gezwungen würde, mehr Flüchtlinge aufzunehmen, als man realistischer Weise verkraften könne, würde dies, sowohl für das eigene Land, als auch für die EU, nur nachteilige Folgen haben, denn die meisten Flüchtlinge würden unter solchen Bedingungen nicht in Slowenien bleiben wollen sondern stattdessen in andere EU Mitgliedstaaten weiterziehen. Die Europäische Kommission habe vorgeschlagen, dass Slowenien 495 der sich bereits in Aufnahmelagern in Griechenland und Italien aufhaltenden Flüchtlinge und weitere 207 Asylsuchende Personen, die sich noch außerhalb der EU-Mitgliedstaaten aufhalten, aufnehmen solle und dabei für jeden registrierten Flüchtling auch Finanzhilfen in Höhe von EUR 6.000 zugewiesen bekommen solle.⁵⁷

Slowenische Sicherheitsbedenken

Die slowenische Ministerin betonte bei diesem Treffen auch, dass die Aufnahmekapazität der EU Mitgliedstaaten von den verschiedensten, nicht zuletzt auch wirtschaftlichen Aspekten abhängen und deshalb sehr unterschiedlich sei bzw. nicht mit einer festen Quote beschieden

⁵⁷ <http://www.sloveniatimes.com/slovenia-opposed-to-binding-refugee-quotas-in-eu> [28.08.2015].

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika**

Oktober 2015

www.kas.de

werden sollte. Zudem würden die Flüchtlinge oft auch konkrete Länder im Auge haben, in die sie sich begeben wollen, weil sie dort schon über (familiäre oder sonstige) Kontakte verfügen würden und es wenig Sinn mache, sie gegen ihren Willen in ganz andere Länder zu schicken.

Die bisherigen Vorschläge der EU zur Bewältigung der wachsenden Flüchtlingsströme würden – nach Meinung der slowenischen Ministerin – zudem eine Einschätzung dieser Sicherheitsrisiken vermissen bzw. unberücksichtigt lassen, obwohl diese Risiken doch auf der Hand lägen.

Man sei nicht zuletzt auch in Slowenien zunehmend besorgt, dass sich unter diesen Flüchtlingen unter Umständen auch Terroristen verstecken, welche den Flüchtlingsandrang nutzen wollen, um unerkannt in die Zielgebiete ihrer Terrorpläne zu gelangen. Auch sei die slowenische (Grenz-) Polizei für eine solche Aufgabe budgetär (noch) nicht ausreichend ausgestattet und würde erhebliche zusätzliche Finanzmittel benötigen, um den neuen Anforderungen gerecht werden zu können. Berücksichtige man dann noch den Umstand, dass viele dieser "Flüchtlinge" gar keine politische Verfolgung erlitten haben und auch nicht aus Ländern stammen, in denen es bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen gibt sondern viel häufiger nur vor wirtschaftlichem und staatlichem Zerfall flüchten, müsse man verstehen, dass große Teile der Bevölkerung der von den Flüchtlingen ins Auge gefassten Aufnahmeländer sich gegen eine solche drohende "Überfremdung" durch nicht aufenthaltsberechtigte Gruppen von Menschen zu wehren beginnen. Zwar deuteten die großen Risiken, die jene Menschen auf ihrer Flucht eingehen, darauf hin, wie ernst es ihnen mit dem Streben nach einer besseren Zukunft für sich und ihre Familien ist, ob sich daraus allerdings eine moralische Verpflichtung zur Hilfeleistung für diejenigen Länder ergibt, die sich die Flüchtlinge als Ziel selbst ausgewählt haben, sei dahin gestellt.⁵⁸

Überforderung der Aufnahmekapazität

Das slowenische Innenministerium reagierte danach mit noch größerer Zurückhaltung auf die Pläne der ungarischen Behörden, an der Grenze zu Serbien einen Grenzzaun zu errichten, weil man befürchtete, dass das Schengen Mitgliedsland Slowenien, als Folge dieser Entscheidung, zum alternativen "Einfallstor" für Flüchtlinge auf ihrem Weg in die Europäische Union werden würde. Man begann deshalb umgehend Aktionspläne für den Fall zu erarbeiten, dass sich diese Befürchtungen bewahrheiten und Flüchtlinge vermehrt über Kroatien die kroatisch-slowenische Schengengrenze erreichen würden. Diese Pläne sehen im Rahmen verschiedener Szenarios vor, dass Slowenien bis zu 900 Asylsuchende aufnehmen bzw. vorübergehend unterbringen müsse.⁵⁹ Von den in diesem Jahr bisher in Slowenien bereits gestellten 110 Asylanträgen sind nur 27 bewilligt worden, was darauf hindeutet, dass Slowenien eher restriktiv auf einen weiteren starken Zustrom an Flüchtlingen reagieren wird. Das Land erscheine derzeit zwar noch nicht überfordert, die Situation könnte sich aber sehr schnell ändern, sobald Ungarn seinen Grenzzaun fertiggestellt habe, meinte jüngst der Staatssekretär im slowenischen Innenministerium, Boštjan Šefic. Man wolle jedoch auf jeden Fall eine ähnliche Situation wie in Mazedonien verhindern, die Grenze also nicht schließen und die flüchtenden Menschen auch nicht kriminalisieren. Gleichzeitig wolle man aber auch die Sicherheitsrisiken beachten, um einen möglichen Missbrauch der Situation durch Terrorgruppen zu verhindern.

Man koordiniere sich deshalb schon seit längerem mit internationalen humanitären Hilfsorganisationen. Für den Fall, dass der Zustrom von Flüchtlingen die in den Szenarien vorgesehenen staatlichen Kapazitäten überschreiten sollte, werde die slowenische Regierung auch

⁵⁸ <http://www.sloveniatimes.com/daily-delo-urges-unconditional-help-to-refugees> [28.08.2015]

⁵⁹ <http://www.sloveniatimes.com/slovenia-could-face-influx-in-asylum-seekers-as-hungary-builds-wall> [25.08.2015].

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

Oktober 2015

www.kas.de

auf private Unterkünfte zurückgreifen müssen. Im Notfall könnten sogar, so der Staatssekretär, auch Wohncontainer oder Zelte eingesetzt werden. Allerdings gehe man fest davon aus, dass die Mehrheit der Flüchtlinge Slowenien eher als Transitland und nicht als ihre neue Heimat betrachten.⁶⁰

Spanien

Thomas Stehling / Franziska Rachel / Martin Friedek (29.09.2015)

Kontext

Im Rahmen der Wirtschaftskrise hat die Einwanderung in Spanien eine Verschiebung erfahren: Die Anzahl von legalen nicht-EU Bürgern, die sich in Spanien langfristig als Arbeitskräfte niederlassen, hat abgenommen, die der illegalen Einwanderer, die Spanien als Pforte zu anderen EU-Ländern sehen, ist dagegen deutlich angestiegen. Nichtsdestoweniger wird die öffentliche Haltung gegenüber Immigranten weiterhin als positiv wahrgenommen. Im Gegensatz zu anderen europäischen Staaten hat in Spanien trotz Krise und verheerender Arbeitsmarktsituation keine fremdenfeindliche Partei Aufschwung erhalten. Auch gewalttätige Übergriffe auf Immigranten bzw. deren Lager sind in keiner relevanten Weise zu verzeichnen.

Zum 1. Januar 2015 lebten 4.447.852 Ausländer in Spanien. Die größte Bevölkerungsgruppe stellten darunter die Rumänen (15,9 Prozent), gefolgt von Marokkanern (15,43 Prozent), Briten (6,83 Prozent), Italienern (4,1 Prozent) und Ecuadorianern (3,92 Prozent). Rund 205.000 Ausländer erhielten im Jahr 2014 die spanische Staatsbürgerschaft.

Öffentliche Wahrnehmung des Themas

Das Thema Migration wird in der spanischen Politik und Öffentlichkeit zwar diskutiert, ohne dabei jedoch einen übergeordneten gesellschaftspolitischen oder medialen Stellenwert zu besitzen. Die einzelnen Debatten divergieren inhaltlich je nachdem, ob die legale oder die illegale Einwanderung behandelt und ob als Bezugsrahmen der Nationalstaat oder die Europäische Union als Ganzes betrachtet wird.

Seitens der konservativen Volkspartei PP und der sozialistischen PSOE wird die "legale Migration in geordneten Bahnen" grundsätzlich als positiv angesehen. Diese helfe u.a., den demographischen Wandel abzufedern. Zudem wird anerkannt, dass legale Einwanderer als Fach- und Arbeitskräfte dem volkswirtschaftlichen Wohlstand des Landes förderlich sein können. Nach einem starken Anstieg der Zuwanderung in den Boomjahren 2002 bis 2008 war die Einwanderungstendenz in den Krisenjahren 2009 bis 2012 jedoch negativ und ist seitdem rückläufig. Dies äußert sich seit dem Jahr 2013 in einem negativen Einwanderungs- und Gesamtbevölkerungssaldo, weil viele Ausländer aufgrund des fehlenden Arbeitsangebotes in ihre Heimatländer zurückgekehrt sind. Die stärksten relativen Einbußen verzeichneten 2013 die peruanischen, die kolumbianischen, die bolivianischen, die ecuadorianischen und die argentinischen Bevölkerungsgruppen in Spanien.

Auch wenn es erwartungsgemäß zwischen PP und PSOE inhaltliche Differenzen bezüglich der konkreten politischen Ausgestaltung der Migrationspolitik, wie bspw. bei den betreffenden sozialrechtlichen Normen, geben mag, so ist es wichtig festzuhalten, dass die legale Einwanderung an sich weder in der Politik noch in der Öffentlichkeit ein grundsätzliches Streitthema darstellt. Die Wirtschaftskrise ab dem Jahr 2008 hat vielmehr zu einem Links- als zu einem Rechtsruck in der Bevölkerung geführt, wie das Beispiel Podemos zeigt. In Spanien

⁶⁰ <http://www.tt.com/home/10423856-91/fl%C3%BCchtlinge---intensive-vorbereitungen-in-slowenien.csp> [28.08.2015].